

energienutzung in der damaligen Sowjetunion ans Licht gebracht. Diese seien aber auch heute nicht beseitigt. So sei die Atomaufsichtsbehörde der Russischen Föderation heute „ein drittrangiges Komitee“, das seine Kontrollfunktion nicht unabhängig ausüben könne. Außerdem sei nach Tschernobyl nicht ein Reaktor in der Russischen Föderation oder der Ukraine geschlossen worden. Für die inzwischen teilweise über 40 Jahre alten AKWs gebe es keine durchgehenden Sicherheitskonzepte, obwohl die alten Reaktoren vom Typ RBMK, zu denen auch Tschernobyl gehörte, „hochgefährlich“ seien. Sie dürften nach Ansicht von Kuznetsov nicht weiter genutzt werden. Für eine Stilllegung stelle die russische Regierung aber kein Geld zur Verfügung. Stattdessen fördere sie die Entwicklung von Verfahren, mit denen die Kapazitäten der alten Reaktoren weiter erhöht werden können.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Sicherheitslage in den russischen AKW bat Kuznetsov die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung, Druck auf Rußland auszuüben. Wenn es nicht gelinge, eine Stilllegung der alten Reaktoren zu erwirken, drohe „eine Wiederholung der Katastrophe von Tschernobyl“, warnte er.

Kuznetsov führte weiter aus, dass auch 28 Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl das Risiko einer radioaktiven Verseuchung der Umwelt nicht gebannt sei. So habe es in Rußland infolge der starken Dürre in den Jahren 2010 und 2011 viele Waldbrände gegeben. Durch die Feuer sei kontaminierter Boden in weiten Teilen der Ukraine, Weißrusslands und Rußlands wieder aufgewirbelt worden. Auch die Länder Westeuropas könnten so, abhängig von der Windstärke und der Windrichtung, wieder in den Wirkungsbereich von radioaktiven

Wolken kommen. Im Bereich der Dekontamination müsse daher viel mehr gemacht werden als bisher, mahnte Kuznetsov. Doch auch hierfür fehlten die notwendigen Mittel.

Vor der öffentlichen Anhörung hatten Vertreter der deutschen Bundesregierung den Abgeordneten noch berichtet, dass die aktuelle Situation in der Ukraine ihren Erkenntnissen zufolge „keine erhöhte Gefährdungslage“ für die ukrainischen Atomkraftwerke erkennen lasse. Hinsichtlich des im April 2012 begonnenen Baus einer neuen Schutzhülle für Reaktor 4 des AKW Tschernobyl betonten sie, dass die bisher dafür veranschlagten Kosten in Höhe von 1,45 Milliarden Euro wohl nicht reichen würden. Unter anderem gebe es noch Schwierigkeiten bei der Stabilisierung des Untergrundes. Nach einem Ausschluß Rußlands aus den G8 bedeute dies, dass auf G7-Staaten höhere Kosten zukommen würden.

„Bedauerliche Situation“ in Japan

Im Anschluß an die Ausführungen Vladimir Kuznetsovs berichtete der frühere japanische Premierminister Naoto Kan dem Ausschuß vom Hergang und den Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011. Kan, der zum Zeitpunkt der Katastrophe Regierungschef war, betonte, dass nach dem Unfall alle japanischen Atomanlagen stillgelegt worden seien. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix sei seitdem massiv gestiegen und es habe sich gezeigt, dass die japanische Wirtschaft auch ohne Atomkraft auskomme. Obwohl fast 70 Prozent der Bevölkerung den Atomausstieg befürworteten, setze sich die neue liberaldemokratische Regierung jedoch wieder für die Inbetriebnahme der Atomkraftwerke ein. Kan bezeichnete dies als „sehr bedauerliche

Situation“. Er wies darauf hin, dass der Unfall von Fukushima aus Sicht von Experten keineswegs beendet sei. Bis heute trete Grundwasser in das

Gelände ein, ein Teil des verseuchten Wassers fließe wahrscheinlich ins Meer.

hib – heute im bundestag Nr. 143 v. 19.03.2014 ●

Ukraine

Ein altes Argument: Atomkraftwerke können in Krieg und Bürgerkrieg nicht verteidigt werden

Es gehört zu den ältesten Argumenten gegen den Betrieb von Atomkraftwerken, daß man mit einem AKW eine Atombombe im eigenen Land hat. Mit den heute leicht zugänglichen Waffen, auch mit tragbaren Waffen – können AKW so stark beschädigt werden, daß sie außer Kontrolle geraten. Gegenwärtig besteht in der Ukraine eine Situation, die sehr dicht an einen Bürgerkrieg heranreicht. Womöglich ist der Bürgerkrieg schon im Gange, Niemand kann mehr ausschließen, daß es darüber hinaus zu einem Krieg kommt.

In der Ukraine gibt es 15 laufende AKW-Blöcke: Chmelnyzkyi mit 2 mal 1000 Megawatt (MW) (2 mal 1000 MW im Bau) und Rivne mit 2 mal 1000 MW, 420 und 415 MW im Nord-Westen der Ukraine. Im Süd-Osten, etwas nördlich von der Krim, stehen die AKW Saporischschja mit 6 mal 1000 MW und Süd-Ukraine mit 3 mal 1000 MW. Wenn sich der Bürgerkrieg oder Krieg ausweitet, kann man zwar etwas tun, indem man die AKW abschaltet – dadurch würden die Auswirkungen eines Angriffs etwas reduziert, sie können aber immer noch katastrophale Ausmaße annehmen. Nicht weit von der Ukrainischen Grenze im Nord-Osten liegen die Russischen AKW Kursk und Nowoworonezh. In Nowoworonezh laufen 2 alte AKW zu 417 MW und 1 AKW mit 1000 MW, in Kursk

laufen 4 RBMK-Reaktoren zu je 1000 MW (das ist der Tschernobyl-Typ). S.P.●

Fukushima

Vertuschung von gesundheitlichen Folgen der Atomkatastrophe

UNSCEAR-Bericht zu den Folgen von Fukushima

Am 2. April 2014 hat das Komitee der Vereinten Nationen für die Folgen der Atomstrahlung (UNSCEAR) den Teil A seines Berichts über die Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima veröffentlicht. Er spielt das wahre Ausmaß der gesundheitlichen Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima systematisch herunter, kritisiert die deutsche Sektion der internationalen Ärztevereinigung IPPNW. UNSCEAR behauptet in seinem 300-seitigen Abschlussbericht, daß „keine signifikanten Veränderungen künftiger Krebsraten zu erwarten sind, die mit der Strahlenexposition durch den Unfall in Verbindung gebracht werden können“. Ärzte und Ärztinnen der IPPNW dagegen gehen in ihren Berechnungen von mehreren Zehntausend zusätzlichen Krebserkrankungen aus.